Lateinamerikanische Handelskammer in der Schweiz

Generalversammlung vom 27. Juni 1968 in Bern

Referat

von Botschafter Raymond Probst, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge



I. Allgemeine Vorbemerkungen

Es sei mir gestattet, Ihnen vorerst für Ihre liebenswürdige Einladung, an Ihrer Generalversammlung einige Worte an Sie
zu richten, auf das herzlichste zu danken. Schon letztes Jahr, fast
auf den Tag genau vor 12 Monaten, war mir die Ehre, zu Ihnen sprechen
zu dürfen, erstmals zuteil geworden. Ich gestehe, dass mich dies in
eine gewisse Verlegenheit bringt. Denn was erwarten Sie als Mitglieder der lateinamerikanischen Handelskammer in der Schweiz? Doch
wohl, dass man Ihnen von den Beziehungen, speziell vom Handelsaustausch
zwischen der Schweiz und den jungen, aufstrebenden Ländern des so
lebendigen und zukunftverheissenden lateinamerikanischen Kontinentes
spricht.

In dieser Hinsicht werde ich Sie, wenigstens teilweise, heute wahrscheinlich enttäuschen.

Indessen hatte ich Ihnen einerseits schon letztes Jahr einen generellen Ueberblick über die gegenseitige intensive wirtschaftliche Verflechtung gegeben, wobei ich u.a. auch auf verschiedene neu abgeschlossene oder in Vorbereitung begriffene Vereinbarungen über Rahmen- und Lieferkredite mit lateinamerikanischen Staaten, aber auch auf das im Frühjahr 1967 zustande gekommene schweizerisch-kubanische Nationalisierungsentschädigungsabkommen hingewiesen hatte. Meine damaligen Ausführungen sind übrigens im trefflichen "Lateinamerikakurier" sowie in der äusserlich stets so wohlgefälligen und im Gehalt immer gediegenen "Revista Suiza-America Latina", die von Ihrer Kammer gemeinsam mit dem Lateinamerikanischen Institut der Universität St. Gallen herausgegeben wird, abgedruckt worden. Ich möchte mich deshalb hier nicht wiederholen, lediglich vermerken, dass die verschiedenen damals erwähnten Abmachungen seither in vollauf befriedigender Abwicklung begriffen sind und dass sich Innen weitere, für alle beteiligten Partner wertvolle neue Vereinbarungen, namentlich auf dem Kreditsektor angeschlossen haben. Dabei ist es mir ein Bedürfnis, unsern grossen Handelsbanken für ihre stete Einsatzbereitschaft und Initiative, aber auch der Kommission und der Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie, ohne deren Verständnis und Unterstützung namentlich grössere Operationen schwerlich, oder jedenfalls
kaum zu so günstigen Bedingungen für die schweizerischen Lieferanten
und unsere lateinamerikanischen Freunde und Partner abgewickelt werden
könnten, einen Kranz zu winden. Nur am Rande sei erwähnt, dass bei
einer gegenwärtigen totalen Garantieverpflichtung des Bundes im Rahmen
der ERG von über 2 Milliarden Franken, was einem Fakturawert von fast
3 Milliarden entspricht, rund 20% auf Lateinamerika alleine entfallen.

Der andere Grund, weshalb ich heute den bilateralen Sektor nur streifen möchte, liegt in der Annahme, dass Präsidium und Sekretariat Ihrer so tätigen Handelskammer dies ohnehin in kompetenter Weise tun werden; so will ich denn Doppelspurigkeiten vermeiden.

II. Bilateraler Handelsaustausch Schweiz-Lateinamerika 1967

Immerhin sei mir erlaubt, nur ganz generell darauf hinzuweisen, dass sich der Austausch zwischen der kleinen Schweiz mit ihren 6 Millionen Einwohnern und dem grossen lateinamerikanischen Kontinent mit seiner rasch wachsenden Bevölkerung von schätzungsweise gegen 240 Millionen Menschen weiterhin erfreulich entwickelt hat. Es bestehen hier so starke Bande der Tradition, der gegenseitigen Zuneigung, der Affinität zwischen unseren Nationen mit ihren ausgesprochen komplementären Wirtschaftsräumen, dass auch der Zukunft, wenn wir es an unumgänglicher Anstrengung und gutem Willen nicht fehlen lassen, zuversichtlich entgegen geblickt werden kann.

Dazu trägt auch der immense wirtschaftliche Fortschritt bei, der sich - trotz aller Hemmnisse, Pausen und Rückschläge - in Lateinamerika sukzessive durchsetzt. In Erklärungen von anfangs dieses Monats im Weissen Haus in Washington, bei Anlass einer Erhöhung der USA-Beteiligung an der Interamerikanischen Entwicklungsbank machte deren Präsident, Felipe Herrera, auf einige interessante Tatsachen aufmerksam. Er gab der Meinung Ausdruck, dass das dynamische Wachstum Lateinamerikas, sein Drängen nach sozialer Veränderung, das steigende Selbstbewusstsein seiner Völker auf nationaler wie auf regionaler Ebene den Kontinent zum verheissungsvollsten der ganzen Entwicklungswelt werden lasse. In weniger als zwei Jahrzehnten habe sich das Bruttosozialprodukt verdoppelt, die Stahl-und Energieproduktion vervierfacht, die Wachstumsrate der Industrie auf der bemerkenswerten Höhe von 6%, jene der Landwirtschaft trotz limitierenden Faktoren auf 4% gehalten. Diese letzte Zahl sei höher als die jährliche Bevölkerungszunahme, woraus sich ergebe, dass Lateinamerika der "Malthusischen Krise" entgeht, die so tragisch andere Weltgegenden immer wieder zurückwirft. Dennoch seien, wie Herrera betonte, noch sehr grosse Anstrengungen erforderlich, auf die hier nicht näher eingegangen sei; sie würden für sich allein einen abendfüllenden Vortrag ausmachen.

Auch in unserem <u>bilateralen Verhältnis</u> zu Lateinamerika macht sich das Voranschreiten bemerkbar. Dazu nur einige wenige - bereits bekannte - Zahlen und vor allem einige aufschlussreiche Relationen:

In ihrer Gesamtheit haben die schweizerischen Exporte nach Lateinamerika im Total 1967 den Höchstbetrag von 906 Mio Fr. erreicht, gegenüber 894 Mio Fr. im Vorjahr. Das Exportwachstum hat sich damit zwar gegenüber der Vorjahresperiode recht beträchtlich verlangsamt und beträgt nur noch 1,3%; es sollte durch intensive Anstrengungen wieder beschleunigt werden. Immerhin nähern wir uns allmählich der Milliardengrenze. Der Anteil dieser Exporte an der schweizerischen Gesamtausfuhr beträgt übrigens wiederum ca.6%, der Anteil an unserer Ausfuhr nach allen nichteuropäischen Ländern knapp ein Sechstel. Nimmt man unsere Exporte nach den Entwicklungsländern allein als Basis, so partizipiert Lateinamerika mit etwas mehr als 39% an den schweizerischen Lieferungen nach der sogenannten "Dritten Welt". Als Lieferant Lateinamerikas steht die Schweiz anderseits in absoluten Zahlen im 8. Rang aller Lieferstaaten der

- Welt, pro Kopf unserer Bevölkerung gerechnet mit 151 Fr. sogar weitaus an der Spitze.
- Wie präsentieren sich die entsprechenden Zahlen für uns auf der Importseite ? Hier ist eine namhafte Steigerung zu verzeichnen. Während unsere Einfuhren 1966 aus ganz Lateinamerika 505 Mio Fr. ausgemacht hatten, hoben sie sich 1967 auf 539 Mio Fr., was eine Zunahme von 6,7% bedeutet. Die Erstarkung der sich zu grösseren Wirtschaftsräumen zusammenschliessenden Lateinamerikanischen Staaten, die uns wirtschaftlich durch gesteigerte Kaufkraft wiederum zugute kommen wird, ebenso die zunehmende Industrialisierung macht sich hier bemerkbar. Der Anteil der Importe aus Lateinamerika an der schweizerischen Gesamteinfuhr liegt heute bei ca. 3%; der Anteil dieser selben Importe an unsern Einfuhren aus allen nichteuropäischen Ländern macht knapp ein Siebentel aus. Nimmt man wiederum nur die schweizerischen Einfuhren aus den Entwicklungsländern als Berechnungsgrundlage, so partizipiert Lateinamerika mit 38 % an unsern Bezügen aus der "Dritten Welt". Als Kunde Lateinamerikas steht die Schweiz in absoluten Zahlen im 10. Rang, pro Kopf unserer Bevölkerung gerechnet auch hier mit 90 Fr. in der Spitzengruppe.
- Zieht man die <u>Bilanz</u>, so ist unser Handelsverkehr mit Lateinamerika immer noch stark aktiv, wobei freilich der Aktivsaldo von 389 Mio Fr. auf 367 Mio Fr. leicht zurückgegangen ist. Damit reduziert sich auch der Deckungssatz von 177 % auf 168 %.
- III. Generelle Probleme des wirtschaftlichen Fortschritts von Entwicklungsländern.

Soweit zum Bilateralen. Heute möchte ich die Aufmerksamkeit aber vor allem auf zwei multilaterale Gebiete richten, die für das wirtschaftliche Gedeihen der "Dritten Welt", damit auch für die Staaten Lateinamerikas, in den letzten Jahren vermehrt in den Vordergrund treten. Ich meine die Anstrengungen zur Stabilisierung der Rohstoffmärkte, namentlich für tropische Produkte, sowie die internationale Zusammenarbeit zur <u>Industrialisierung</u> der Entwicklungs-länder. Diese beiden Gebiete mögen auf den ersten Blick recht weit voneinander entfernt erscheinen. In Wirklichkeit gehören sie aber auf engste zusammen.

Eines der Hauptprobleme der Entwicklungsländer - auch wenn es sich um solche handelt, die, wie manche lateinamerikanische Nationen, auf dem Wege der Entwicklung schon recht weit vorangeschritten sind - besteht darin, sich genügend Deviseneinkünfte zu sichern, um ihren Bedarf an Konsumgütern, die sie nicht selbst herstellen, sowie an Investitionsgütern für den weitern Aufbau ihrer Wirtschaft zu decken. Nun bestehen aber die dem Devisenerwerb dienenden Exporte der Entwicklungsländer auch heute noch im Durchschnitt zu mehr als vier Fünfteln aus Rohstoffen und Basisprodukten. Der Welthandel dieser Rohstoffe (wobei ich die Basisprodukte mit einschliesse) weist indessen bekanntlich eine viel geringere Elastizität und eine schwächere Wachstumsrate auf, als jener mit Industriegütern. Dies führt dazu, dass die Reichen "schneller reicher" werden als die Armen, dass der Graben zwischen beiden somit wächst, statt sich zu verringern. Ausserdem basiert die Wirtschaft vieler Entwicklungsländer mehr oder minder ausgeprägt auf einer Monokultur, was sie gegenüber den üblichen, teils sehr starken Fluktuationen des Rohstoffmarktes besonders empfindlich werden lässt.

Hier sucht man nun international nach Abhilfe :

- einerseits soll durch den Abschluss umfassender Rohstoffabkommen das potentielle Einkommen der Entwicklungsländer stabilisiert werden;
- anderseits werden umfassende Bemühungen eingeleitet, die Industrialisierung der Entwicklungsländer zu fördern.

IV. Rohstoffabkommen

Zunächst die Rohstoffabkommen. In jüngster Zeit wurden hier drei umfassende Stabilisierungsversuche unternommen, die alle für Lateinamerika bedeutsam sind; die betreffen den Kaffee, den Kakao und den Zucker.

Lassen Sie mich mit dem <u>Kaffee</u> beginnen, der für viele lateinamerikanische Länder sehr stark ins Gewicht fällt und teils mehr als die Hälfte ihrer Exporteinnahmen ausmacht. Kaffee ist in der Tat immer noch, nach dem Erdöl, das bedeutendste auf dem Weltmarkt gehandelte Erzeugnis. Sein totaler Exporterlös liegt zurzeit jährlich bei 10 Mia Fr. und deckt wertmässig rund ein Viertel sämtlicher Lebensmittelausfuhren der Entwicklungsländer. In diesem Sektor ist maniheute am weitesten fortgeschritten, seitdem 1962 ein erstes funktionierendes internationales Kaffeeabkommen zur Stabilisierung des zuvor unter steigenden Ueberschüssen und rapid sinkenden Preisen leidenden Kaffeemarktes zustande gekommen war. Die Schweiz ist ihm ihrerseits schon 1963 beigetreten. Da jedoch das Abkommen Ende September dieses Jahres abläuft, musste es erneuert werden. Monatelange mühselige Verhandlungen in London führten im Fabruar 1968 endlich zu einem neuen Abkommen. Es beruht im wesentlichen auf den gleichen Grundsätzen wie das vorherige, die aber auf Grund der Erfahrungen verbessert, verfeinert und verstärkt worden sind. Kurzfristig erstrebt das Abkommen einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, längerfristig eine Konsumausweitung sowie eine Anpassung der Produktion an die Marktbedürfnisse. Dies soll durch einen Exportquotenmechanismus, einen gewissen Abbau von Handelshindernissen und die Fixierung des Produktionsvolumens erreicht werden.

Die schweizerische Delegation hat an den Londoner Verhandlungen aktiv teilgenommen. Deren Gelingen ist umso bemerkens-werter, als ein ähnlicher Erfolg noch für kein anderes tropisches Basisprodukt vorliegt. Dies zeigt, dass die internationale Zusammenarbeit im Kaffeesektor heute ein "fait acquis" ist. Es wurde auch

möglich, erstmals in der Geschichte der internationalen Rohstoffabkommen einen Diversifikationsfonds zu schaffen, der zwecks Eindämmung der Ueberproduktion zur Umstellung vom Kaffee-Anbau auf andere Kulturen beitragen soll. Bemerkenswert ist ferner, wie eine
schwerwiegende Differenz zwischen Brasilien einerseits, den USA und
weitern Importländern anderseits betreffend die Frage des löslichen
Kaffees geregelt werden konnte: an die Stelle einseitiger Aktionen
der Staaten treten nun die Konsultation, die Negoziation und schliesslich ein Schiedsverfahren. Auch dies ist eine Pionierleistung. Es
steht zu hoffen, dass der gute Wille, die Mässigung und der Geist
internationaler Zusammenarbeit, die sich im Kaffeesektor durchgesetzt haben, auch in andere Rohstoffsphären hinüberwirken, wo eminent
wichtige Probleme der Lösung harren.

Die Schweiz hat das neue Kaffee-Abkommen Ende März bereits unterzeichnet. Es ist unlängst mit einer Botschaft des Bundesrates den eidg. Räten zur Genehmigung unterbreitet worden.

Doch wenden wir uns nach dem Kaffee einem andern für Lateinamerika nicht unwichtigen Rohstoff, dem <u>Kakao</u>, zu. Wie verhalten sich die Dinge hier?

Man hätte meinen können, dass bei diesem Basisprodukt eine Regelung leichter fallen sollte. Die Zahl der Produzenten, ebenso jene der hauptsächlichen Konsumentenländer, ist relativ gering. Ausserdem herrscht gegenwärtig eher eine Unterproduktion an Kakao in der Welt. Dennoch ist es, nachdem schon zwei vorherige Konferenzen gescheitert waren, auch in einem dritten Anlauf, im November/ Dezember 1967, an einer von der UNCTAD organisierten neuen Welt-Kakaokonferenz noch nicht gelungen, zu einem Abschluss zu gelangen. Zwar sind schon sehr grosse Fortschritte erzielt worden, und es liegt ein beinahe fertiger Abkommensentwurf vor. Das Interessante an ihm ist, dass der geplante Quoten- und Preismechanismus mit einem "stock régulateur", einem sogenannten Pufferstock gekoppelt werden soll, der die Aufgabe hätte, Produktions- und Angebots- schwankungen durch Ankaufs- und Verkaufsoperationen auszugleichen.

Indessen haben sich bisher noch gewisse kommerzielle Interessen, auf die ich hier nicht näher eintreten möchte und die jedenfalls nicht von der Schweiz ausgingen, hindernd ausgewirkt.

Wir hoffen aber, dass neue Konsultationen zwischen den Hauptinteressenten, die zurzeit in Genf stattfinden und an denen auch die Schweiz teilnimmt, den Weg öffnen werden, damit die für diesen Herbst vorgesehene neue Konferenz endlich auch hier zu einem gedeihlichen Abkommen führt.

Bedeutend schwieriger gestaltet sich demgegenüber die Ausgangslage im <u>Zuckersektor</u>, wo zwar früher ein Abkommen geschlossen worden war, das aber schon lange nicht mehr operativ ist und das durch eine Neuregelung ersetzt werden sollte. Mitte April d.J. wurde zu diesem Zweck, wiederum durch die UNCTAD, eine internationale Zuckerkonferenz nach Genf einberufen.

Auch der Zucker ist für eine Anzahl lateinamerikanischer Staaten, die teils zu den Hauptproduzenten gehören, eminent wichtig. Hier liegt die Schwierigkeit vor allem im Umstand, dass im Gegensatz zu Kaffee oder Kakao - Zucker nicht nur in den Entwicklungsländern der tropischen Zone aus Zuckerrohr, sondern auch in den entwickelten Staaten der gemässigten Zone aus Zuckerrüben produziert wird. Dies hat zur Folge, dass entwickelte Konsumenten sukzessive zu Eigenversorgern werden, sofern sie nicht gar selbst als Exporteure neben die Entwicklungsländer treten. Daneben sind zahlreiche Entwicklungsländer selbst noch Importeure. Die sonst im Rohstoffsektor übliche Rollenverteilung zwischen importierenden Industriestaaten und exportierenden Entwicklungsländern trifft daher beim Zucker nur noch teilweise zu. Ausserdem wickelt sich die grössere Hälfte des internationalen Zuckerhandels in Präferenzzonen ab, während der freie Weltmarkt, der allein Gegenstand der Konferenz bildete, nur etwas über 40% des Handels erfasst.

Dennoch konnten im Laufe der Konferenz beachtliche Fortschritte erzielt werden. Namentlich die Importstaaten bezeugten

ihren Willen zur Zusammenarbeit und erklärten sich zu beträchtlichen Konzessionen bereit. So stellte die Schweiz in Aussicht, falls ein ausgewogenes, Rechte und Pflichten zwischen Produzenten und Konsumenten angemessen verteilendes Abkommen zustande käme, mindestens 70% ihres Zuckerbedarfs weiterhin im Ausland zu decken. Diese Offerte der Schweiz gehörte zu den liberalsten, die in diesem Zusammenhang gemacht wurden. Als wesentliches Hindernis erwies sich indessen, dass sich paradoxerweise die Exportstaaten bisher hinsichtlich ihrer Exportquoten für den freien Markt noch nicht einigen konnten. Die Konferenz ist deshalb am 1. Juni vorderhand vertagt worden, wobei aber die Hauptinteressenten, unter ihnen Brasilien und Kuba, unter der Leitung von UNCTAD-Generalsekretär Prebisch weiterhin an einer Lösung arbeiten. Man hofft, die Konferenz eventuell diesen Herbst wieder aufnehmen zu können. Es wäre ohne Zweifel ein grosser Fortschritt, wenn neben dem Kaffee, und, wie wir glauben möchten, bald auch dem Kakao, für den Zucker ebenfalls ein Rohstoffabkommen zustande käme.

V. Industrialisierung der Entwicklungsländer

Soweit meine Hinweise zum Rohstoffsektor. Das Streben geht heute indessen nicht nur dahin, diesen Sektor zu stabilisieren, sondern auch die Entwicklungsländer zusehends vom Rohstoffmarkt, dem sie noch allzu stark verhaftet sind, durch eine grössere Streuung ihrer Produktion unabhängiger zu machen. Den Weg zu diesem Ziel erblickt man in verstärkter Industrialisierung. Sie soll die Entwicklungsländer in den Stand setzen, zunächst einen Teil ihres bisherigen Importbedarfs durch Eigenproduktion zu ersetzen, was zu einer Devisenersparnis führt, und sodann ihre Deviseneinnahmen durch den Export von Waren zu steigern, die aus eigenen agrarischen oder andern Rohstoffen hergestellt werden. Gleichzeitig soll dadurch die Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von einem einzigen Rohstoff oder von nur wenigen wirtschaftlich unelastischen Basisprodukten gelöst werden. Selbst in einem Kontinent wie Lateinamerika, wo

manche Staaten industriell rasch voranschreiten, bleibt in dieser Hinsicht vieles zu tun. Für Brasilien beispielsweise macht der Kaffee immer noch über 44% des gesamten Exporterlöses aus, für die zentralamerikanischen Staaten liegt dieser Satz ebenfalls zwischen 40 und 50%, für Kolumbien sogar bei über 62%. Es ist deshalb verständlich, dass solche Staaten nach Diversifikation streben.

Dies waren einige Ueberlegungen, welche die UNO-Generalversammlung dazu führten, Anfang 1967 das bestehende Instrumentarium
der Entwicklungsländer durch eine neu ins Leben gerufene Organisation
für industrielle Entwicklung zu ergänzen, nämlich die UNIDO:
"United Nations Industrial Development Organization", wie sie englisch heisst, oder ONUDI, "Organisation des Nations Unies pour le
Développement Industriel", wenn Sie den französischen Namen vorziehen.

Die UNIDO tritt damit an die Seite der schon zuvor institutionalisierten UNCTAD. Der Unterschied zwischen den beiden Organisationen liegt darin, dass die UNCTAD Entwicklungshilfe aus wirtschaftspolitischer Sicht betreibt (handelspolitische Massnahmen, Abbau tarifarischer Hindernisse, Präferenzenfrage, Finanzhilfe, Stabilisierung der Rohstoffmärkte u.a.m.), während sich die UNIDO mit dem Aufbau der Produktionsstruktur befasst. Sie möchte insbesondere zur wirksamen Anwendung industrieller Planungs-, Betriebsund Produktionsmethoden beitragen; den Entwicklungsländern bei der Ausarbeitung industrieller Entwicklungsprogramme und einzelner Industrieprojekte helfend und vermittelnd zur Seite stehen; sie bei der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Verwertung und rationellen Nutzung von Naturschätzen, industriellen Rohstoffen, Nebenprodukten sowie bei der Herstellung neuer Erzeugnisse beraten und anleiten; in Zusammenarbeit mit andern internationalen Organisationen den Entwicklungsländern bei der Ausbildung technischer Fachleute an die Hand gehen; Massnahmen für die Verbesserung der Regeln über den Schutz des geistigen Eigentums vorschlagen; den Entwicklungsländern auf Wunsch bei der Beschaffung von Kapital für die Finanzierung bestimmter Industrieprojekte behilflich sein, usw.

Eine enge Zusammenarbeit der UNIDO mit der UNCTAD, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und andern internationalen Organisationen ist dabei unerlässlich.

Unser Land hat an der neuen Organisation, obwohl es nicht Mitglied der UNO ist, von Anfang an teilgenommen. Einige Gründe hiefür seien stichwortartig angeführt:

- als Welthandelsnation ist die Schweiz trotz geringen Territoriums und beschränkter Bevölkerungszahl eine Macht mittlerer Grösse mit einer stark exportabhängigen Industrie. Da die Industrialisierung der Entwicklungsländer unvermeidlich auf unsern lebenswichtigen Aussenhandel zurückwirken wird, müssen wir danach trachten, bei der Formulierung der neuen Industrialisierungspolitik unser Wort mitzureden und deren Ausgestaltung nach Kräften in richtige Bahnen zu lenken.
- ausserdem besitzt die Schweiz im Ausland sehr bedeutende

 Investitionen. Die Direktinvestitionen belaufen sich auf über
 18 Milliarden Franken, woven mehr als 3 Milliarden auf Entwicklungsländer entfallen. Hiervon sind wiederum etwa 75% im industriellen Sektor (Lebensmittel, Chemie, Aluminium, Zement,
 Maschinen etc.) investiert. Diese Investitionen in den Entwicklungsländern nehmen übrigens jährlich um ca. 300 Millionen Franken zu. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten auf eine zweckmässige
 Verwendung und Behandlung der Investitionen werden verbessert,
 wenn wir innerhalb der UNIDO tätig sind.
- auch aus Gründen der Zahlungsfähigkeit unserer Kunden in der Dritten Welt, welche etwa ein Fünftel unserer Exporte absorbiert, sind wir an ihrem wirtschaftlichen Gedeihen, das nicht nur ihnen, sondern auch uns zugute kommt, interessiert. Es sei hier nur das Engagement der Exportrisikogarantie erwähnt, welches heute mehr als 2 Milliarden Franken ausmacht, wovon mehr als zwei Drittel auf Lieferungen nach Entwicklungsländern entfallen.

- schliesslich bildet die Industrialisierung der Entwicklungsländer ein wichtiges Element der gegenwärtigen Entwicklungspolitik überhaupt.

Es schien deshalb richtig, der Schweiz von Anfang an ein Mitspracherecht in der UNIDO zu sichern. Da ein wirklicher Einfluss nur innerhalb des Rats der neuen Organisation ausgeübt werden kann, der aus 45 Staaten besteht und den eigentlichen "policy making body" darstellt, bewarben wir uns unverzüglich um einen Sitz im "Industrial Development Board". Wir wurden denn auch auf Anhieb von der UNO-Generalversammlung für 1 Jahr gewählt und sodann für drei weitere Jahre bestätigt. Nur nebenbei sei bemerkt, dass wir bei diesem zweiten Wahlgang die höchste aller Stimmenzahlen erreichten. Wir haben ausserdem, zusammen mit 80 andern Staaten, am Internationalen Symposium für die Industrialisierung der Entwicklungsländer, welches die UNIDO Ende 1967 in Athen organisiert hatte, teilgenommen. Der Sprechende selbst wurde dabei zum Präsidenten einer der drei Kommissionen gewählt. Wir haben versucht, konstruktive Arbeit zu leisten. Der Beizug von Fachleuten aus Handel, Industrie, beratenden Ingenieurfirmen und des Bankwesens zu unserer Delegation hat sich in dieser Hinsicht als sehr förderlich erwiesen.

Unser Bestreben geht allgemein dahin, den Industrialisierungsbemühungen vom Start weg eine möglichst realistische Note, frei von Utopien und Illusionen, zu verleihen. Die UNIDO soll ihr Schwergewicht nicht auf theoretische Studien, sondern vielmehr auf konkrete Projekte legen. Diese sollten, damit die Industrialisierung sinnvoll und organisch erfolge, in der Regel auf der landwirtschaftlichen Produktion sowie der eigenen Rohstoffbasis der Entwicklungsländer aufbauen und sich zunächst eher auf die einfacheren Verarbeitungsstufen konzentrieren. Das Vorhandensein regionaler Märkte müsste bei solchen Projekten normalerweise als Hintergrund dienen. Von der so gewonnenen Plattform aus könnte dann sukzessive eine Ausweitung erfolgen. Besonderes Gewicht legte die schweizerische Delegation jeweils auf sorgfältige Präinvestitionsstudien sowie

auf die Schaffung eines Jünstigen Investitionsklimas, ohne welches die im Industrialisierungssektor essentiellen Privatinvestitionen ausbleiben würden. Des weitern ist nach schweizerischer Auffassung unter "Industrialisierung" nicht nur die Förderung des grossindustriellen, sondern auch des gewerblichen Teils der Wirtschaft, der sogenannten "small scale industry" zu verstehen. Gerade der Aufbau einer gewerblichen Wirtschaft verspricht am ehesten mit relativ geringen Mitteln rasch eine angemessene Diversifikation der nationalen Produktion zu erreichen, eine industrielle Infrastruktur zu schaffen und das Vertrauen der Entwicklungsvölker in ihre eigenen Kräfte zu stärken.

* *

Damit wäre ich - endlich - am Schlusse meines Referats angelangt. Ich hoffe, Ihre Geduld nicht über Gebühr beansprucht zu haben, indem ich mich für einmal aus dem gewohnten bilateralen Rahmen entfernte. Wir müssen uns aber Rechenschaft ablegen, dass in der heutigen Welt multilaterale Beziehungen eine immer gewichtigere Rolle zu spielen berufen sind. Es schien mir deshalb angemessen, das Fenster auch nach dieser Sphäre zu öffnen.

Lof. au 850. 9

DER DELEGIERTE
FUER HANDELSVERTRAEGE

17. Juli 1968.

An die schweizerischen diplomatischen Vertretungen

Entwicklungsprobleme

Herr Botschafter, Herr Minister, Herr Generalkonsul,

An der Jahresversammlung der lateinamerikanischen Handelskammer in der Schweiz vom 27. Juni 1968 hielt der Unterzeichnete ein Referat, das ihm Gelegenheit bot, einige zusammenfassende Angaben über die Bemühungen zur Stabilisierung der Rohstoffmärkte sowie über die Bestrebungen zur Industrialisierung der Entwicklungsländer zu vermitteln.

In der Meinung, dass Ihnen dieses Referat als kurze Orientierung über zwei relativ neue Aspekte der Entwicklungspolitik und über die von der Schweiz hiezu eingenommene Haltung dienlich sein könnte, gestatte ich mir, Ihnen anbei den Text meiner Darlegungen zu übermitteln. Ich hoffe, dass sie Ihr Interesse finden werden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung Herr Generalkonsul,

meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Beilage.

Kopie :

Herren Direktor Jolles

Botschafter Weitnauer

Botschafter Grübel

Botschafter Languetin

Botschafter Probst

Vizedirektor Bühler

Vizedirektor Marti

Vizedirektor Moser

Dr. Iselin

Lo, Hf, And, Lu, To, Jt,

D, Ly, Cd, Gre, Ae, HH.